

English below

Ende Gelände dem Schweigen – Stand der Debatte zu Israel und Palästina

Inhaltsverzeichnis/Table of contents

Zusammenfassung	1
1. Weshalb dieses Statement?	1
a. Warum erst jetzt? - Eine Entschuldigung	1
b. Positionen innerhalb von EG	2
c. Warum sich äußern? – Unser Zugang	3
2. Leid und Entmenschlichung	4
a. Der 7. Oktober, davor und danach	4
b. Ein Ende dem Genozid / Zum Genozidbegriff	6
c. Plädoyer für Menschlichkeit und Menschenwürde	7
d. Kolonialismus und Machtungleichheiten	8
3. Für internationale Solidarität und gegen Autoritarismus	9
a. Dialog, Repression und fehlende Aufarbeitung	9
b. Zum (linken) Diskurs in Deutschland	11
Fazit: Solidarität muss Praxis werden - ein Plädoyer dafür, sich einzubringen!	12
Glossar	13
Antisemitismus	13
Antizionismus	14
Ethnonationalismus	14
Genozid/Völkermord	14
Imperialismus	15
Kolonialismus	15
Ökozid	15
Staatsräson	15
Zionismus	16
Summary	17
1. Why this statement?	17
a. Why only now? - An apology	17
b. Positions within EG	18
c. Why speak out? – Our approach	19
2. Suffering and Dehumanization	20
a. October 7th, Before and After	20
b. An end to genocide / The term "genocide"	22
c. A plea for humanity and dignity	23
d. Colonialism and Power Inequalities	23
3. For international solidarity and against authoritarianism	24
a. Dialogue, repression and a lack of critical examination	24
b. On the (left-wing) discourse in Germany	26
Conclusion: Solidarity must become practice - a plea for getting involved!	27
Glossary	28
Anti-Semitism	28
Anti-Zionism	29
Colonialism	29
Ecocide	29
Ethnonationalism	29
Genocide	30
Imperialism	30
"State Reason"	30
Zionism	30

[Am Ende des Textes findet sich ein Glossar für Begriffserklärungen]

Zusammenfassung

Als Ende Gelände haben wir im letzten Jahr viel zu Israel/Palästina diskutiert und einen Bildungsprozess durchlaufen. In unserer Öffentlichkeitsarbeit und Praxis waren wir als Gruppe zu dem Thema daher nicht handlungsfähig und wenig solidarisch mit den Widerständen gegen Krieg, systematischen Mord, Rassismus und Antisemitismus und den von Repressionen Betroffenen. Dafür wollen wir uns entschuldigen. Dieses Schweigen beenden wir mit diesem umfassenden Statement. Darin stehen wir ein gegen das Leid und die Entmenschlichung, gegen Kriegstreiberei und Waffenlieferungen. Wir benennen die kolonialen Dynamiken, die Klimaungerechtigkeiten und die Notwendigkeit von Widerstand dagegen. Wir sind solidarisch mit den Protesten von unten gegen Krieg, Völkermord, Rassismus und Antisemitismus. Wir halten Analysen, dass Israel ein Apartheids-Regime aufgebaut hat und einen Genozid an der palästinensischen Gesellschaft ausübt, für plausibel und die Kämpfe dagegen für unterstützenswert. Mit Gruppen, welche menschenverachtende Ideologien oder Praktiken verfolgen, kooperieren wir selbstverständlich nicht. Hierzu zählen unter anderem fundamentalreligiöse zionistische und islamistische Gruppen. Wir stellen uns gegen die rassistische Diskussion und Politik in Deutschland, die Logik der Staatsräson und die enormen Repressionen. Wir kritisieren die Deutung und Lehren, die die deutsche Regierung aus dem Nationalsozialismus zieht und fordern eine konsequente Aufarbeitung von Antisemitismus, Rassismus, dem Reichtum aus der Nazizeit und weiteren faschistischen Kontinuitäten. In der Linken sehen wir viele großartige Initiativen. Die palästinasolidarischen Proteste weltweit beeindruckten uns und wir möchten uns solidarisch mit ihnen zeigen. Wir plädieren für eine offene und ernste Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen und fordern gleichzeitig, dass kritische Stimmen sich konstruktiv einbringen. Räume für Diskussionen wollen wir dringend offen halten. Wir denken, dass eine breite gemeinsame Praxis der Klimagerechtigkeitsbewegung und Palästinasolidarischen Bewegung wie in anderen Ländern möglich ist und wollen dazu beitragen. Das Statement soll ein Anfangspunkt sein für weitere Bildungsprozesse und weitere Diskussions- und Gestaltungsräume. No climate justice on occupied land!

1. Weshalb dieses Statement?

a. Warum erst jetzt? - Eine Entschuldigung

Seit einem Jahr führen wir innerhalb von Ende Gelände intensive Diskussionen zu Israel und Palästina, zum Genozidvorwurf in Gaza und den Unterdrückungsstrukturen in der Westbank. Die Bilder und Berichte unermesslichen menschlichen Leids lassen Schweigen und Wegsehen nicht zu. Die Repression gegen palästinasolidarische Proteste, der steigende Antisemitismus und Rassismus und die nahezu bedingungslose Unterstützung Israels von Seiten der deutschen Regierung laufen der historischen Verantwortung von Menschen in Nachkriegsdeutschland entgegen. Viele von uns beteiligen sich an Protesten in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung, an Diskussionen oder Bildungsprozessen. Viele von uns sind überfordert mit der Komplexität des Konfliktes und den Diskussionen darum herum. Einige wünschen sich mehr Diskussion und politische Bildung, andere können und/oder wollen sich neben bestehenden politischen Projekten nicht spezifisch in diese Kämpfe einbringen. Viele von uns

beobachten mit großer Sorge, wie an den Diskussionen um Israel/Palästina linke Allianzen oder Freund*innenschaften zerbrechen. Bisher haben sich einige Ortsgruppen öffentlich zu dem Thema geäußert und EG war Teil des palästinasolidarischen Camps von Geef Tegengas in Rotterdam gegen die fossilen Gas- und Waffendeals in der Region.

Es gab in der Vergangenheit bereits mehrere Anläufe für eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex, aber immer wieder auch große Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Positionierung möglich, zielführend oder überhaupt notwendig sei. Das Scheitern dieser Prozesse hat auch dazu geführt, dass wir im letzten Herbst weit von einer gemeinsamen Analyse oder Praxis entfernt waren. Um der spaltenden Kraft des Themas in der Linken entgegenzuwirken, um Brücken zu suchen und um uns unserer Verantwortung als Bündnis mit intersektionalem und antikolonialem Selbstverständnis [\[Q1\]](#)[\[Q2\]](#) zu stellen, haben wir uns entschlossen, durch einen längeren Prozess mit Online-Diskussionen in acht Themenabenden und moderiert durch eine Kleingruppe zu gehen. Über vermeintliche Bruchlinien hinweg haben wir uns mit der Geschichte Palästinas und Israels, mit Antisemitismus, Zionismus und Antizionismus auseinandergesetzt und Räume geöffnet, um mit palästinensischen, jüdischen und israelischen Linken ins Gespräch zu kommen. Dabei waren die Gespräche mehrheitlich sehr bereichernd, aber teilweise auch schwer, mühsam oder verletzend. Als Bündnis waren wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit daher sehr lange handlungsunfähig, haben zu wenig und zu spät Solidarität gezeigt mit denjenigen, die von Repressionen, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Wir haben selbst solche Selbstverständlichkeiten wie das Aufstehen gegen Mord, Leid, Krieg und Diskriminierung nicht öffentlich ausgesprochen. Wir sind so Teil einer mehrheitlich weißen deutschen, nicht jüdischen, nicht muslimischen, nicht palästinensischen oder israelischen Linken gewesen, die schon viel zu lange vor öffentlichen und internen Diskussionen zu dem Thema zurückschreckt, während von Rassismus und Antisemitismus betroffene Menschen auf die Straße gehen und Repressionen erfahren. Auch wir als Ende Gelände haben Zeit für den Prozess gebraucht, das war notwendig und wichtig, um uns eine differenzierte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Wir verstehen, dass dieses Schweigen und Nichthandeln unsolidarisch und verletzend war. Dafür möchten wir uns ausdrücklich entschuldigen - auch bei den Menschen, die Ende Gelände daraufhin verlassen haben. Unser Schweigen sowie Nicht-Handeln wollen wir mit diesem Statement beenden.

b. Positionen innerhalb von EG

Einigen von uns ist es sehr wichtig, dass die Zusammenhänge von Kapitalismus, Imperialismus und Neokolonialismus im Kontext Israel/Palästina bei einer Analyse der Situation stets berücksichtigt werden. Andere finden, dass nicht jede Gruppe eine ausgereifte Analyse zu Israel/Palästina braucht, da dieser Anspruch Gruppen unter Umständen handlungsunfähig machen kann und so solidarisches Agieren oder wichtige Arbeit verhindert, die zu diesem oder zu anderen Themen geleistet werden muss. Wieder andere wünschen sich einen (pragmatischen) Mittelweg, in welchem eine antikapitalistische und dekoloniale Grundhaltung vorausgesetzt werden kann, ohne dass man sich in allen analytischen und inhaltlichen Details immer einig sein muss.

Wir sind uns jedoch einig darin, dass wir uns auf die deutsche Regierung nicht verlassen können, wenn es darum geht, (ihre) Kriegstreiberei und Unterdrückung zu stoppen. Es braucht weltweiten Druck. Daher verstehen wir es auch als unsere Aufgabe und Verantwortung, Seite an Seite mit allen progressiven Kräften auf einen unmittelbaren Waffenstillstand, eine Freilassung der verbliebenen Geiseln sowie gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle Menschen vor Ort, sowie ein Ende der regionalen Eskalation hinzuwirken. Wir sind solidarisch mit Kämpfen für die Beendigung der israelischen Besatzungspolitik in Gaza und der Westbank sowie den tödlichen (siedlungs-)kolonialen und rassistischen Dynamiken in Israel.

Wir sind uns nach nun fast einem Jahr intensiver Diskussionen und Prozessen in der Kleingruppe und im Bündnis nicht in allen Fragen einig. Es bleiben gewisse Dissense bestehen und wir werden sie aushalten, andere Perspektiven einnehmen und verstehen lernen und immer wieder neu diskutieren müssen. Und doch fühlen wir uns in unseren Grundpositionen gestärkt: Wir stehen weiter fest ein für Klimagerechtigkeit, gegen Antisemitismus, Rassismus und Ethnonationalismus, gegen koloniale Kontinuitäten und Kapitalismus. Auch wenn wir diesen Ansprüchen in der Praxis nicht immer gerecht werden, finden wir es wichtig, diese als Kompass unserer politischen Arbeit zu setzen.

c. Warum sich äußern? – Unser Zugang

Wir sind ein Bündnis, das primär gegen fossilen Kapitalismus kämpft - und dieser ist von Beginn an aufs Engste mit Kolonialismus und Patriarchat verwoben. Innerhalb von Ende Gelände haben wir unterschiedliche Analysen von der Rolle des Kapitalismus für globale Konflikte. Klar ist für uns, dass viele Faktoren ineinander spielen - der Kapitalismus ist einer von ihnen. Kapitalistische Nationalstaaten bereichern sich an und auf Kosten von Menschen und Natur. Dabei gibt es ein Machtgefälle vom Globalen Süden zum Globalen Norden. Transnationale fossile Konzerne nutzen und verschärfen dabei bestehende Systeme der Diskriminierung und Ausbeutung wie Rassismen und Patriarchat, um ihre Profite abzusichern und weiter an günstige Arbeitskraft sowie nicht-menschliche Ressourcen zu gelangen. Zu diesem Zweck werden nicht zuletzt auch Kriege mitfinanziert. Dieser fossile, koloniale/imperialistische und patriarchale Kapitalismus und seine geopolitischen Interessen spielen eine zentrale Rolle in vielen Konflikten weltweit, so auch in Israel/Palästina. Insbesondere europäische fossile Konzerne bereichern sich vor Ort auf Kosten von Mensch und Umwelt und tragen somit zu einer Verschärfung des Konflikts bei - ob beispielsweise durch den Kauf von Lizenzen für die Förderung von Gas vor Gaza oder den Abbau von Rohstoffen zur Zementherstellung im besetzten Westjordanland [\[Q3\]](#)[\[Q4\]](#)[\[Q5\]](#)[\[Q6\]](#). Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Zusätzlich sehen wir uns als in Deutschland aktive Gruppe in der Verantwortung gegen Völkermorde, Antisemitismus und Rassismus aufzustehen. Wir beobachten seit dem 7. Oktober 2023 mit grosser Sorge eine Zunahme an Einschränkungen von Grundrechten, wie die der Versammlungsfreiheit, der Wissenschaftsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte. Unter diesen Einschränkungen hatten - und haben - insbesondere von Rassismus und Antisemitismus betroffene Menschen zu leiden. Dies sehen wir als direkte Folge der Logik der "deutschen Staatsräson", welche den vermeintlichen "Schutz" und die Interessen eines Staates über den Schutz von universellen

Menschenrechten stellt. Diese Staatsräson halten wir für einen problematischen Schluss aus der deutschen Geschichte von Faschismus und Völkermord und wollen uns für eine aufrichtige Aufarbeitung einsetzen.

2. Leid und Entmenschlichung

a. Der 7. Oktober, davor und danach

Zunächst möchten wir den enormen Schmerz, das Leid und die Ungerechtigkeiten anerkennen, die unzählige Menschen erfahren. Wir trauern gemeinsam um die Ermordeten, Verletzten, Gefangenen und Unterdrückten sowie mit denjenigen, die sich Sorgen um ihre Angehörigen machen und/oder Ängste (erneut) durchleben müssen. Wir erkennen die historischen und aktuellen Traumata der jüdischen und muslimischen Communities, der israelischen und der palästinensischen Gesellschaften gleichermaßen an. Wir empfinden Mitgefühl mit allen Betroffenen. Unsere Anteilnahme gilt den Menschen in Israel und Palästina, die Gewalt und Bedrohtsein, Verschleppt-, Vertrieben- oder Verletzt-Werden *erleben, sowie Hunger, Durst oder die Zerstörung ihres Zuhauses erlitten haben und noch erleiden müssen. Unsere Anteilnahme gilt auch den Angehörigen, die Tote und Verschwundene zu beklagen haben, und den Kindern, die ohne Familie alleine zurückbleiben.

Am 7. Oktober 2023, dem wichtigen jüdischen Feiertag Simchat Tora, tötete die Hamas [\[Q7\]](#) bei ihrem Terrorangriff ca. 1.200 Menschen. Es gab tausende Verletzte, verstörende sexualisierte Gewalt, ein Massaker bei einem Musikfestival und weitere extrem traumatisierende Ereignisse. 251 Menschen unterschiedlichster Herkunft wurden als Geiseln nach Gaza verschleppt, viele davon wurden getötet. Stand November 2024 befinden sich nach wie vor rund 100 der Geiseln in den Händen der Hamas, von 35 wurde der Tod bestätigt [\[Q8\]](#). Ganze israelische Dörfer entlang der Grenze zum Gazastreifen sind zerstört. Andere wurden aus Sorge vor einer weiteren Eskalation evakuiert und sind bis heute verwaist. Das Trauma in der israelischen Gesellschaft sitzt tief. Denn das Blutbad der Hamas traf eine Gesellschaft, mit einer langen Geschichte von antisemitischer Verfolgung, Pogromen und Völkermord, eine Gesellschaft, die konstant Krieg erlebt. Die Staatsgründung Israels entspringt einer Geschichte von antisemitischer Verfolgung vor allem in Europa, die in der Shoah ihren grausamen Höhepunkt fand - aber danach nicht aufhörte. Auch in den USA, Grossbritannien, der Sowjetunion und den arabischen Staaten war Antisemitismus weit verbreitet [\[Q9\]\[Q10\]](#). Nach der Staatsgründung Israels, der Nakba sowie der Kriegserklärung arabischer Staaten verließen ungefähr 900.000 Jüdinnen*Juden bis in die frühen 1970er Jahre arabische Länder aufgrund von Flucht, Emigration oder Ausweisung. Viele davon gingen nach Israel in der Hoffnung, dort ein sicheres Leben zu führen [\[Q11\]\[Q12\]](#). Die Massaker der Hamas haben den Glauben vieler erschüttert, der Staat Israel könne in einer Welt nach der Shoah zumindest einen sicheren Ort für jüdische Menschen schaffen [\[Q13\]](#). Nichts rechtfertigt diese Massaker. Die Entmenschlichung und der Antisemitismus, die in diesem Angriff, sowie in fehlendem Mitgefühl gegenüber den Opfern zum Ausdruck kommen, haben uns schockiert und dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Die israelische Regierung reagierte auf den Angriff der Hamas mit einem gegenüber der Zivilbevölkerung Gazas zutiefst rücksichtslosen und zerstörerisch-

en Flächenbombardement, einer Blockade Gazas und einer darauffolgenden, verheerenden Bodenoffensive[Q14]. Heute ist Gaza ein Trümmerfeld.

Zwischen Oktober 2023 und April 2024 wurden über 70.000 Tonnen Bomben und explosives Material auf Gaza über größtenteils dicht besiedeltem Gebiet abgeschossen bzw. abgeworfen - heute wird die Zahl weitaus höher sein[Q15]. Schon im April 2024 waren zwischen 60 und 70 % aller Gebäude zerstört, ebenso wie 80% der Schulen[Q16]. Die Schätzungen der Todeszahlen liegen zwischen 41 000[Q17] und 186 000[Q18]. Fast täglich werden Zeltunterkünfte für Menschen auf der Flucht und Schulen, in welchen Geflüchtete Schutz suchen, bombardiert oder angegriffen[Q19]. Selbst als "safe zones" ausgewiesene Orte werden vorsätzlich angegriffen[Q20]. Über 67 % allen Ackerlandes im Gaza-Streifen wurde größtenteils gezielt zerstört, sowie über 52 % aller landwirtschaftlichen Brunnen und circa 44 % aller landwirtschaftlichen Gewächshäuser[Q21][Q22]. Die WHO hat über 1000 Angriffe auf Kliniken und Einrichtungen des Gesundheitswesens registriert[Q23][Q24]. Kaum eine der 36 Kliniken arbeitet noch vollständig[Q25][Q26]. Auch die Wasserversorgung wird angegriffen, über 700 Brunnen und Entsalzungsanlagen wurden zerstört, ebenso wie die vorhandenen 6 Klärwerke[Q27]. Im Juli waren bereits 10 % der Bevölkerung Gazas tot, verletzt oder vermisst. Elektrizität, Medizin und Arzneimittel, Lebensmittel, Trinkwasser und Kraftstoffe werden ganz oder nahezu vollständig verwehrt und Epidemien breiten sich aus[Q28][Q29]. Fast die gesamte Bevölkerung Gazas ist akut von einer Hungersnot betroffen, über 3500 Kinder sind akut vom Hungertod bedroht[Q30][Q31][Q32]. Es wurden bereits 30 Massengräber mit ca. 3000 Toten dokumentiert. Stand November wurden mind. 137 Journalist*innen und Medienmitarbeitende ermordet, viele davon gezielt[Q33][Q34]. Wegen der eingeschränkten Berichterstattung lässt sich das Ausmaß des Leides und der Zerstörung lediglich erahnen.

Die Offensive Israels wird bereits auf das Westjordanland ausgeweitet, dessen systematische Besiedelung durch die israelische Regierung massiv vorangetrieben wird[Q35][Q36][Q37][Q38]. In Israel wurden zudem mehrere Orte geschaffen, in welchen ca. 9500 Palästinenser*innen willkürlich und ohne Anklage in Geiselhaft (als sogenannte Verwaltungshäftlinge) inhaftiert sind, ohne Aussicht auf die Einhaltung der Menschenrechte, unter willkürlichen Haftbedingungen, Demütigung, Entmenschlichung, sexualisierter Gewalt und Folter[Q39][Q40].

Zur Rechtfertigung bedienten sich Minister*innen der rechtsextremen Regierung Israels einer menschenverachtenden Sprache und genozidaler Äußerungen[Q41]. Dabei wurde eine gewollte humanitäre Katastrophe und die Auslöschung von Gaza angekündigt. Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen werden dabei nachweislich bewusst gegen die palästinensische Bevölkerung eingesetzt[Q42][Q43][Q44][Q45].

Seit Jahren wird der Hamas wie auch der IDF vorgeworfen, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen, eine Handlung, die nach Genfer Flüchtlingskonvention illegal ist[Q46][Q47]. Es ist dokumentiert, dass die IDF (gefangen genommene) Palästinenser*innen in militärischen Operationen als Schutzschilde nutzt, um beispielsweise Tunnel oder Wohnhäuser zu durchsuchen[Q48][Q49]. Gleichzeitig gibt es die Anschuldigung gegen das israelische Militär, sie nutze den Vorwand, die Hamas oder andere bewaffnete palästinensische Gruppen griffen auf menschliche Schutzschilde als Strategie zurück, um eigene Angriffe auf zivile Ziele zu legitimieren[Q50]. Die Hamas wiederum baut militärische Strukturen in zivilen Gebieten wie Schulen, Krankenhäusern oder Wohnhäusern auf, schießt von dort Raketen auf Israel ab oder

übt Druck auf Zivilist*innen aus, den israelischen Evakuierungsaufforderungen nicht Folge zu leisten und gefährdet so bewusst die palästinensische Zivilbevölkerung. Angesichts der dichten Besiedelung des Gazastreifens und der Schließung der Grenzen durch Israel, stellten Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexpert*innen in Frage, ob dieses Vorgehen im Sinne des Völkerrechts als Nutzung menschlicher Schutzschilder qualifiziert werden könne [\[Q51\]\[Q52\(S.219\)\]](#). Unabhängig davon, ob die Hamas menschliche Schutzschilder nun gezielt einsetzt oder nicht, ist für uns klar, dass sowohl Hamas, als auch die israelische Regierung von Krieg und Eskalation für den eigenen Machterhalt profitieren und zivile Opfer Bestandteil ihres jeweiligen politischen und militärischen Vorgehens sind.

Schon vor dem 7. Oktober 2023 warnten Menschenrechtsorganisationen vor einer Unbewohnbarkeit und humanitären Katastrophe im Gazastreifen [\[Q53\]\[Q54\]](#). Das israelische Militär kontrollierte Gazas Grenzen engmaschig. Auch in der Westbank und in Jerusalem lebten und leben Palästinenser*innen unter struktureller Diskriminierung. Um die gesetzlich verankerte Ungleichbehandlung von jüdischen und nicht-jüdischen Israelis und Palästinenser*innen zu beschreiben, benutzen Menschenrechtsorganisationen sowie Expert*innen der Vereinten Nationen den Begriff Apartheid [\[Q55\]\[Q56\]\[Q57\]](#). Laut Bericht der Sonderbeauftragten für die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten wurden Israel bereits bis Mitte März drei Akte nachgewiesen, von welchen schon einer ausreicht, damit laut Definition ein Genozid vorliegt [\[Q58\]](#).

Das Trauma der palästinensischen Gesellschaft sitzt tief. Die aktuellen Geschehnisse müssen in den Zusammenhang einer Geschichte kontinuierlicher Landnahme und Vertreibung, struktureller und rassistischer Diskriminierung, willkürlicher Verhaftungen und Tötung gestellt werden, die schon vor der Shoah begannen [\[Q59\]](#). Viele Menschen sehen die aktuellen Geschehnisse als Teil einer kontinuierlichen Nakba (=Katastrophe) [\[Q60\]\[Q61\]](#), wie auch Kommentare israelischer Politiker*innen nahelegen [\[Q62\]](#). Nichts legitimiert diese Kriegsverbrechen, dieses Töten, diese Unterdrückung.

Die Entmenschlichung und (anti-muslimischen/anti-palästinensischen) Rassismen, die in dem Handeln des israelischen Staates, sowie in fehlendem Mitgefühl in der israelischen Mehrheitsgesellschaft und besonders in westlichen Gesellschaften zum Ausdruck kommen, [\[Q63\]\[Q64\]](#) schockieren uns - dem stellen wir uns ebenfalls entschieden entgegen.

b. Ein Ende dem Genozid / Zum Genozidbegriff

Wir haben uns über eine längere Zeit intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob wir die Begriffe "Genozid" oder "ethnische Säuberung" verwenden wollen für das, was Palästinenser*innen aktuell erfahren. Die Kritik ist oft, dass die Begriffe als Kampfbegriffe verwendet werden, polarisieren und antisemitisch seien. Der Vorwurf ist, dass Antisemit*innen Israel grundsätzlich, als jüdischen Staat, als ultimativ böse und allmächtig verstehen und den Genozidvorwurf mißbrauchen, um dem Staat das größtmögliche Verbrechen anzuhängen und ihn so zu "dämonisieren". Insbesondere, da Israel auch Zuflucht vor der Shoah bot, wird teilweise vermutet, dass der Genozidvorwurf dazu dient, Israel zu delegitimieren, also unter Umständen die Identität und Rechtfertigung des Staates in Frage stellen zu wollen. Wir sind der Meinung, dass der Genozidvorwurf keinem Dämonisierungsversuch entspricht. Nach unserem Verständnis trifft die Analyse zu, dass in Gaza aktuell ein Völkermord geschieht. Deshalb halten wir es für so wichtig, uns dazu zu äußern. Seit Oktober 2023 steht der Verdacht des

Genozids im Raum und im Laufe des letzten Jahres verdichten sich die Einschätzungen, dass die israelische Regierung in Palästina einen Genozid verübt, so auch von Seiten der UNO, Menschenrechtsorganisationen und zahlreichen Expert*innen[Q65][Q66][Q67]. Auch der Internationale Gerichtshof hält den Genozidvorwurf für so plausibel, dass er ein Prüfverfahren eingeleitet hat[Q68]. Die definitive rechtliche Einschätzung wird noch Jahre brauchen. Als linkes Bündnis müssen und dürfen wir nicht auf diese Einschätzung warten. Die Aussagen von israelischen Politiker*innen haben teilweise klar einen Genozid gefordert und gerechtfertigt, diese belegen aus unserer Sicht klar eine genozidale Intention[Q69][Q70]. Es ist nicht nur bekannt, dass die israelische Regierung Kriegsverbrechen begeht, dass sie Aushungern als strategische Waffe verwendet[Q71], dass in Gaza und der Westbank Siedler*innen angesiedelt werden sollen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben oder getötet werden soll[Q72][Q73]. Darüber hinaus dokumentieren einige Organisationen die systematische und weitreichende Zerstörung von Umwelt und landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen, was auch als Ökozid bezeichnet wird[Q74][Q75]. Es erscheint uns deshalb plausibel davon auszugehen, dass hier eine "gezielte Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören" vorliegt. Wir schließen uns daher dem jüdisch-israelischen Holocaust- und Genozidforscher Omer Bartov an, wenn er berichtet: "Ich war zu der Überzeugung gelangt, dass spätestens seit dem Angriff der IDF auf Rafah am 6. Mai 2024 nicht mehr geleugnet werden kann, dass Israel systematische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und völkermörderische Handlungen begeht"[Q76]. Es kann gerechtfertigt sein, Institutionen und Konzernen, die den Genozid vorantreiben oder davon profitieren, zu boykottieren und zu blockieren.

Obwohl wir uns in der Analyse einig sind, dass Israel aktuell einen Völkermord an Palästinenser*innen begeht, haben einige im Bündnis strategische Bedenken geäußert, den Begriff zu verwenden, da er auch von Gruppierungen genutzt wird, deren Motivationen wir nicht teilen und mit denen wir uns explizit nicht gemein machen wollen. Letztendlich haben wir uns im Bündnis mit großer Mehrheit dafür entschieden, den Begriff vorsichtig, aber bewusst zu verwenden. Wir scheuen uns nicht zu benennen, was wir für die Wahrheit halten. Im Gegenteil halten wir es für eine wichtige Aufgabe von weiß-deutsch geprägten Gruppen, den Begriff zu verwenden, gerade mit Blick auf die Diskussion in Deutschland, in der die Stimmen der Betroffenen viel zu wenig Raum bekommen.

c. Plädoyer für Menschlichkeit und Menschenwürde

Menschenwürde ist universell und unteilbar. Es darf keine Unterschiede in der Wertigkeit von Menschenleben geben, denn Dehumanisierung ist ein Kern rechter Politik. Weltweit, aber auch besonders in Deutschland, beobachten wir seit letztem Herbst einen Anstieg von Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Menschen berichten von zunehmenden Diskriminierungserfahrungen. Es gab Angriffe auf Synagogen und Moscheen und massive rassistische Repressionen bei palästinasolidarischen Protesten. Als Bündnis machen wir uns stark für den Abbau von Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und weiteren Unterdrückungsformen und stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffenen.

Gleichzeitig stellen wir uns den kalten, entmenschlichenden Kriegslogiken entgegen, die nach kolonialen und imperialistischen Ideologien funktionieren. Diese Denkweisen sind hauptsächlich durch den rassistischen und patriarchalen Kapitalismus geprägt worden. Imperiale Staaten sowie ihre herrschenden Klassen verrechnen und benutzen Menschenleben, sehen in der Natur lediglich Ressource oder Ware und schaffen so immer wieder eine Welt, in welcher der Profit für wenige über dem guten Leben für alle steht.

Ein dauerhafter Waffenstillstand ist das erste Mittel, um das Töten zu beenden. Das Morden und gezielte Sterbenlassen der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Bedrohung und der Beschuss der israelischen Zivilbevölkerung, sämtliche Kriegsverbrechen, die Besatzung, Belagerung und die Vertreibung müssen aufhören. Geiseln und sogenannte zivile Gefangene müssen von beiden Seiten frei gelassen werden und sofort nach Hause zurückkehren können. Auf Dauer braucht es nicht nur einen langfristigen, nachhaltigen Waffenstillstand, sondern einen gerechten Frieden. Waffenexporte müssen unverzüglich eingestellt werden. Deutschland als zweitgrößter Waffenlieferant Israels ist für all das Sterben mitverantwortlich, nicht nur in Gaza, auch im Westjordanland und im Libanon. Die deutschen Rüstungsexporte waren 2023 zehnmal höher als im Vorjahr, aufgrund des starken Anstiegs nach dem 7. Oktober. Deutschland liefert bis heute nahezu bedingungslos Waffen an Israel [\[Q77\]](#)[\[Q78\]](#).

d. Kolonialismus und Machtungleichheiten

Dieses Bekenntnis zur Menschlichkeit und gegen Dehumanisierung ist grundlegend. Gleichzeitig sind uns die klaren Machtungleichheiten und Hierarchien in dem sogenannten "Israel/Palästina-Konflikt" bewusst. Viele Sozialwissenschaftler*innen sprechen von kolonialen oder siedlerkolonialen Dynamiken. Wir sehen diese Dynamiken darin, dass der israelische Staat mit der weitestgehenden Unterstützung westlicher Staaten seit Jahrzehnten Land in Palästina einnimmt und Palästinenser*innen oft willkürlich ermordet, inhaftiert oder diese von Siedler*innen vertrieben werden. Wir sehen den Kolonialismus in der rassistischen Abwertung von Palästinenser*innen, ihrer systematischen Trennung von den jüdisch-israelischen Teilen der Gesellschaft [\[Q79\]](#)[\[Q80 \(S.14/15\)\]](#) und in den Geschichten, die der israelische Staat über sich selber erzählt, so zum Beispiel kürzlich in Netanjahus Beschreibung des Krieges als "Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation" [\[Q81\]](#)[\[Q82\]](#). Auch sehr verbreitete orientalistische Erzählungen, wie z.B. diejenige, dass Israel die Wüste zum Blühen gebracht hätte, sind Beispiele für koloniale Ideen mit grünem Anstrich [\[Q83\]](#)[\[Q84\]](#). Zudem rechtfertigt die israelische Regierung ihre Handlungen aktuell mit der Idee eines "Krieges gegen den Terror". Dabei wird der Terrorbegriff auch in deutschen Diskussionen sehr einseitig und rassistisch benutzt und Terrortaktiken des israelischen Staates oft nicht als solche bezeichnet.

Die eklatanten Machtasymmetrien nicht zuletzt militärischer Natur übersetzen sich seit Jahrzehnten auch in viele infrastrukturelle Ungerechtigkeiten - ob in der ungleichen Verteilung von Energie, Wasser, Müllentsorgung oder dem Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Während der israelische Staat diese Umweltungerechtigkeiten schafft, stellt er sich selber als grünen Vorreiter dar. Ein Beispiel für das Greenwashing kolonialer Landnahme sind die Aktivitäten des "Jewish National Funds". Die vermeintliche Umweltorganisation nutzt die Spenden, die hauptsächlich aus dem Globalen

Norden stammen, um hunderttausende Bäume über zerstörte palästinensische Siedlungen zu pflanzen. Dadurch wird vergangenes Unrecht unsichtbarer und eine Rückkehr erschwert. Als antikoloniales Bündnis stellen wir uns all dem entgegen.

Palästinensischer Widerstand gegen solche Unterdrückung ist gerechtfertigt und damit sind wir solidarisch. Das Weltbild, die Ideen und Methoden der Hamas, aber auch die anderer reaktionärer Kräfte wie z.B. des Palestinian Islamic Jihad hingegen, stehen unseren Werten und Ideen komplett entgegen. Die Hamas ist eine autokratische, fundamentalreligiöse, patriarchale und gewaltvoll herrschende Organisation, die für uns kein Partner in einem emanzipatorischen Kampf sein kann. Wir sehen aber, dass die Hamas von der zunehmenden Verzweiflung und Alternativlosigkeit der Palästinenser*innen profitiert, welche seit Jahrzehnten perspektivlos unter der Besatzung leben und leiden. Kritik an der Hamas wird durch diese mit brutalem Autoritarismus, inkl. Inhaftierung, Folter und Tod unterdrückt und dennoch finden sich Stimmen, die Kritik artikulieren [\[Q85\]](#)[\[Q86\]](#). Um einen geeinten palästinensischen Verhandlungspartner zu verhindern, ließ die israelische Regierung seit 2018 Zahlungen aus Katar an die Hamas zu, ebenso wie deren Milliardenvermögen [\[Q87\]](#)[\[Q88\]](#)[\[Q89\]](#). Die Hamas wird des Weiteren unterstützt durch Staaten wie Iran und Katar, zwei zutiefst patriarchalen absoluten Monarchien, die Menschenrechte mit Füßen treten [\[Q90\]](#)[\[Q91\]](#).

Unsere Solidarität gilt dem Widerstand von unten, den linken, emanzipatorischen Kräften in Palästina, Israel und weltweit. Die israelischen und die palästinensischen Menschen haben alle ein Recht auf Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit. Wir maßen uns nicht an, darüber urteilen zu können, in welcher Konstruktion ein friedliches Zusammenleben ausgestaltet werden soll. In welcher politischen Konstellation auch immer, klar ist: From the river to the sea, justice, peace, equality.

3. Für internationale Solidarität und gegen Autoritarismus

a. Dialog, Repression und fehlende Aufarbeitung

Wir blicken mit großer Sorge und Wut auf die Politik der Bundesregierung und die Mainstream-Debatte in Deutschland. Die bedingungslose Unterstützung eines Staates, dessen in weiten Teilen faschistische Regierung [\[Q92\]](#)[\[Q93\]](#)[\[Q94\]](#)[\[Q94.2\]](#) offen zum Völkermord aufruft [\[Q95\]](#)[\[Q96\]](#), schafft keine Sicherheit - ganz im Gegenteil. Die reduktionistischen Erzählungen der deutschen Politik und medialer Debatten sind gleichermaßen Grundlage für antimuslimischen Rassismus und für einen Antisemitismus, der den bedingungslosen Proisraelismus zum Kern der Bekämpfung von Juden*Jüdinnen-Feindlichkeit macht. Sie schaffen Sprachlosigkeit und ein Klima der Angst. Es ist zynisch, wie deutscher Antisemitismus auf diese Weise kaschiert wird. Und es ist zynisch, wie in Deutschland wieder zwischen guten und schlechten Juden*Jüdinnen unterschieden wird, indem israelkritische oder antizionistische jüdische Menschen als Antisemit*innen markiert und zum Schweigen gebracht werden [\[Q97\]](#)[\[Q98\]](#)[\[Q99\]](#)[\[Q100\]](#). Weder Kritik an israelischer Politik, noch die Sorge um die Menschen im Kriegs- und Krisengebiet in Gaza dürfen mit Antisemitismus gleichgesetzt werden [\[Q101\]](#). Die Versuche deutscher Bürgerlicher und Rechter, jede Kritik an Israel als antisemitisch zu delegitimieren, ist vielmehr aufgrund einer Ineins- oder Gleichsetzung der israelischen Regierung mit Juden*Jüdinnen selbst antisemitisch. Diese Position wird oft von Parteien mit antisemitischen Parlamentarier*innen und

Traditionen wie CSU, CDU und AfD vorgebracht. Die stark kritisierte Bundestagsresolution "zum Schutz jüdischen Lebens" vom Oktober 2024 ist ein Beispiel für ein einschränkendes und autoritäres Diskursklima, das jegliche Form von Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichsetzt [\[Q102\]\[Q103\]](#). Die IHRA-Definition (International Holocaust Remembrance Alliance) wird vom Bundestag und anderen Institutionen zur Unterdrückung abweichender, auch jüdischer, Meinungen genutzt. Das sagen selbst Autor*innen der IHRA-Definition [\[Q104\]](#). Deshalb lehnen wir die IHRA-Definition als unzulänglich und die Bundestagsresolution als Angriff auf die Meinungsfreiheit ab.

Das weit verbreitete Ausladen von – oftmals jüdischen oder palästinensischen - Künstler*innen und Wissenschaftler*innen in diesem Kontext kritisieren wir scharf [\[Q105\]](#). Das Gleiche gilt für Verbote von Solidaritäts-Demonstrationen für Palästinenser*innen, Repressionen, wie die rassistische Polizeigewalt, willkürliche Ingewahrsamnahmen, Kontrollen in migrantischen Kiezen und Treffpunkten, Schließung von politischen Läden, Cafés und Kulturorten, sowie die völlig unverhältnismäßigen Repressionen bei den Protesten an den Universitäten [\[Q106\]](#). Während Hubert Aiwanger als Bayrischer Staatsminister immer wieder beweist, wie salonfähig Antisemitismus in Deutschland ist, will die Bundesregierung mehr Menschen abschieben, um dem vermeintlich "importierten Antisemitismus" zu begegnen. Politiker*innen "sorgen" sich um den Antisemitismus in linken anti-kolonialen, sowie oftmals nicht-weißen Kreisen. Diese Darstellung ist massiv verzerrt und wir kritisieren sie scharf. Antisemitismus in der Linken und nicht-weißen Kreisen existiert und muss bekämpft werden. Dennoch verorten Studien antisemitische Einstellungen und Taten vor allem an den rechten Rändern und in der bürgerlichen Mitte der deutschen Gesellschaft [\[Q107\]\[Q108\]](#). Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Bekämpfung von Antisemitismus entsteht hier eine autoritäre Herrschaftspraxis, die zentrale Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Kunstfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft aushebelt und abschafft. Auch dagegen stellen wir uns mit aller Entschiedenheit.

In den Debatten über Zionismus und Antizionismus werden diese beiden Ideologien als Kampfbegriffe diametral gegenübergestellt, wobei mit den Begriffen viele verschiedene Dinge gemeint werden. Das verhindert einen solidarischen Diskurs. Zionismus hat viele Formen (siehe Glossar) [\[Q109\]\[Q110\]](#). Linke Formen des Zionismus werden aktuell extrem marginalisiert [\[Q111\]\[Q112\]](#). Insbesondere den bürgerlichen Zionismus sehen wir als Teil einer neuen Rechten, die Nationalismus und Militarismus legitimiert und forciert [\[Q113\]](#). Für einen Dialog kann es wichtig sein, nicht als erstes von Menschen zu fordern, sich vom Zionismus zu distanzieren, sondern konkreter zu besprechen, was Werte und Realitäten sind [\[Q114\]](#). Alle Formen des Zionismus per se abzulehnen halten wir also für problematisch. Alle Formen unkritisch zu befürworten, lehnen wir ebenfalls ab. Man kann gleichzeitig antisemitisch und zionistisch sein, etwa indem man im Staat Israel die Lösung einer vermeintlichen "Judenfrage" sieht. Antizionismus hat entsprechend ebenfalls eine lange Geschichte, viele unterschiedliche Formen und kann unter Umständen antisemitisch sein. Für viele linke Antizionist*innen steht die Kritik am (Ethno-)Nationalismus, die Dominanz des revisionistischen Zionismus und die rechtsextreme Entwicklung der Regierung, sowie die Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft im Vordergrund [\[Q115\]\[Q116\]](#). Es ist gerechtfertigt, den revisionistischen Zionismus und die dahinterstehende menschenverachtende Nationalideologie abzulehnen. Alle Formen des Antizionismus abzulehnen, halten wir deshalb für problematisch. Alle Formen unkritisch zu befürworten, lehnen wir ebenfalls ab. Es kommt auf die Inhalte, nicht die Begriffe an.

Entscheidend ist, dass die aktuellen Debatten den tiefstehenden Antisemitismus in Deutschland, sowie die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus kaschieren[Q117][Q118]. Viele reiche deutsche Familien – wie beispielsweise Quandt, Diehl, Piëch, Porsche und Klatten – sind mit "Arisierung" und Kriegsgewinn reich geworden, Entschädigungszahlungen an die Leidtragenden ihres Profits aus dem Holocaust stehen heute noch aus[Q119][Q120][Q121][Q122]. Wir beobachten, dass eine Überidentifikation mit Israel und eine bedingungslose Unterstützung seiner Regierung durch Deutschland als Form der Wiedergutmachung stattfindet. Das halten wir für verkürzt. Wir fordern eine konsequente Aufarbeitung von Kontinuitäten des Nationalsozialismus, Kolonialismus und Imperialismus in Deutschland.

Wir sind uns einig, dass viele der Konflikte und des Leids in West-Asien unter anderem aus europäischem Imperialismus, Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus und kolonialen Ideologien stammen. Diese Verantwortung gegenüber dem Leid von Juden*Jüdinnen, Palästinenser*innen und vielen mehr erkennen wir an.

Wir erkennen unsere eigene Positionierung als mehrheitlich Deutsche an. Die meisten von uns sind Nachkommen von Nazis, Mitläufer*innen, Täter*innen oder Mörder*innen. Wir leben in einem Land, dessen Reichtum bis heute aus Zwangsarbeit, Sklav*innenarbeit, Vernichtungskrieg und imperialer wirtschaftlicher Kontrolle herrührt. Wir leben in einem Land, in dem 79 Jahre nach Kriegsende rechtspopulistische und rechtsradikale Gruppen wieder massiv an Zulauf gewinnen. Allein das bezeugt das Scheitern der vermeintlichen Aufarbeitung. Für uns bedeutet all das: Nie wieder! Nie wieder staatlicher Massenmord, nie wieder Faschismus, nie wieder Vernichtungskrieg und Angriffskrieg. Unser "Nie Wieder" gilt für Anarchist*innen, sogenannte "Asoziale", Armenier*innen, Behinderte, BiPoC, Herero*a, Homosexuelle, Jüdinnen*Juden, Kommunist*innen, Naama, für Palästinenser*innen, Pol*innen, Queers und FLINTA*, Rom*nja, Russ*innen, Serb*innen, für Sinti*zze, Ukrainer*innen - unsere Solidarität gilt allen Betroffenen. Nie wieder Faschismus, Angriffskrieg und Genozid! Wir sehen Deutschland in der Verantwortung, faschistische Strukturen und Erben viel konsequenter aufzuarbeiten.

b. Zum (linken) Diskurs in Deutschland

Wir sehen viele wichtige und gelungene linke Initiativen, Workshops und Aktionen - weltweit und in Deutschland. Die hauptsächlich migrantisch und jüdisch getragene Palästinabewegung in Deutschland ist beeindruckend und wichtig. Dennoch erleben wir, dass Zugänge zur Israel/Palästina-Debatte auch innerhalb linker Diskurs- und Polit-räume teils sehr unterschiedlich sind. Nicht selten wird dabei in zwei polarisierten Seiten gedacht, differenzierte und unentschiedene Positionen verunmöglicht. Es wird unkonkret gegen die andere Seite gehetzt, Menschen markiert, verächtlich gemacht oder sogar ausgeschlossen - bis hin zu gewaltvollen Androhungen und tätlichen Angriffen. Auch belastet durch die erdrückende Diskursmacht einer einseitig geführten bürgerlichen Debatte in Deutschland, steht dabei nicht zuletzt auch ein emotional aufgeladener Streit um die Deutungshoheit von Geschichte und Sprache im Vordergrund, der die tatsächlichen Ereignisse vor Ort überlagert, sie verdeckt und teils von ihnen ablenkt.

Wir können die Probleme allerdings nicht lösen, wenn wir als Linke nicht zumindest miteinander reden. Austauschräume zu schließen, bringt uns definitiv nicht weiter und schwächt uns als Bewegung massiv.

Obwohl sich einige Menschen aus unseren Strukturen an palästinasolidarischen Protesten in der einen oder anderen Form beteiligt und eingebracht haben, nehmen wir in unseren Diskussionen und Gesprächen auch oft Stimmen wahr, die äußern, dass sie auch heute noch prinzipiell Zweifel hegen, sich den Protesten anzuschließen oder sich dort unwohl fühlen, zum Beispiel weil eine klare Distanzierung von der Hamas oder den Verbrechen am 7.10. ausbleibt. Berechtigte Kritik an der Palästinabewegung, wie beispielsweise die teils vorkommende Solidarisierung mit der Hamas oder die Prägung durch autoritäre Gruppen, ist in der Vergangenheit jedoch oft mißbraucht worden, um jedwede Solidarität mit Palästina zu diffamieren. Die Konsequenz von Kritik an Teilen der Palästinabewegung darf somit nicht sein, nicht mehr mit Palästina solidarisch zu sein. Wer über Kritik an den Protesten spricht, muss auch über die enorme Gewalt und Brutalität sprechen, mit welcher der deutsche Staat gegen palästinasolidarische Proteste vorgeht. Neben Klimaaktivist*innen werden laut Amnesty in Deutschland gerade vor allem palästinasolidarische Aktivist*innen und Demonstrant*innen massiv diffamiert, als "Kriminelle" oder "Terrorist*innen" kriminalisiert, um damit weiter zu rechtfertigen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung eingeschränkt wird und um gleichzeitig rassistische Migrationspolitiken, weitreichende Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und Aufrüstungsdebatten zu legitimieren[Q123]. Und obwohl die Repressionen gegen die palästinasolidarische Bewegung derart enorm sind, werden jeden Tag - größtenteils getragen von Migrant*innen, Frauen und Queers - Demonstrationen gegen Massenmord, gegen das Sterbenlassen und gegen die Ignoranz der internationalen Staatengemeinschaft und deutschen Mehrheitsgesellschaft organisiert, werden zahlreiche linke Bildungsveranstaltungen und Diskussionsinitiativen auf die Beine gestellt. Während konstruktive Kritik an den Protesten natürlich möglich sein muss, sehen wir aktuell, dass die Perspektiven und Positionen von direkt und indirekt Betroffenen kaum Raum bekommen. Diese Perspektiven werden aufgrund der massiven Repressionen, ebenso wie durch den einseitigen deutschen Diskurs zu wenig berücksichtigt. Wir brauchen weiterhin solidarische Kritik in unseren Bewegungen, auch an Palästinaprotesten, aber wir müssen uns insbesondere als mehrheitlich weiße deutsche linke Gruppen erstmal überhaupt selbst aktiv einbringen und uns Schulter an Schulter gegen jegliche staatliche Repression stellen. Wer einseitig auf Seiten von staatlicher Repression steht, ist für uns keine linke Bündnispartner*in[Q124]. Lasst uns uns einbringen und Solidarität lokal wie international aktiv mitgestalten, anstatt aus Angst, etwas falsch zu machen, zu schweigen.

Natürlich erkennen wir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit berechtigter Kritik an jeglichem Antisemitismus an und teilen diese. Für Antisemitismus darf es keinen Raum geben.

Fazit: Solidarität muss Praxis werden - ein Plädoyer dafür, sich einzubringen!

Wir als Ende Gelände wollen uns der Entmenschlichung und der Abwertung von Menschen entgegenstellen - egal, wen sie trifft, egal, von wem sie ausgeht und egal, in welcher Form sie in Erscheinung tritt. Wir wollen das gute Leben für alle.

Wir sehen unsere politische Praxis Seite an Seite mit linken, emanzipatorischen Gruppen in Deutschland, Palästina, Israel und weltweit, die einem ähnlichen politischen Kompass folgen. Das umfasst für uns ganz klar, sich Entmenschlichung entgegenzustellen und für Menschenrechte einzustehen, sich gegen Doppelstandards und vereinfachende, unterkomplexe Analysen im politischen Diskurs stark zu machen. Klar ist, wir müssen gemeinsam das Schweigen und die Handlungsunfähigkeit beenden. Mit diesem Statement hoffen wir, einen Handlungskorridor für uns als Bündnis ausgearbeitet zu haben, auf Basis dessen unsere Strukturen in Bündnissen zu dem Thema aktiv werden können und wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit klare Worte finden. Dazu gehört für uns auch, in Zukunft weiterhin Räume für Gespräche und Diskussionen offen zu halten, zuzuhören, Unwissenheit einzugestehen und Komplexität und verschiedene Perspektiven anzuerkennen und auszuhalten.

Wir wissen, dass Bewegungen nie perfekt sind. Aber es ist fraglos falsch, zu Krieg, Massakern und Diskriminierung zu schweigen, sich nicht nach Möglichkeit in die Organisation emanzipatorischer Bündnisse gegen Krieg und Genozid, in Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel einzubringen. Dabei vergessen wir auch nicht die anderen tödlichen Konflikte in der Welt, die kriegszerstörerischen Auseinandersetzungen im Kongo und Sudan - der aktuell größten und dennoch kaum beachteten humanitären Krise der Welt - die fortwährenden völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei auf kurdische Gebiete, den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und Genozide, wie an den Armenier*innen, den Rohingya in Myanmar/Birma, den Jesid*innen im Irak, den Kurd*innen in Syrien und der Türkei, den Uigur*innen in China, den indigenen Gruppen im Amazonas, um einige zu nennen.

Dieses Statement soll dazu dienen, unsere Praxis zu verändern. Wir sehen es als Anfangspunkt und Grundlage für weitere Arbeit und Prozesse. Wie können wir darauf aufbauend solidarisch sein mit Betroffenen von Antisemitismus und Rassismus? Wie können sich Juden*Jüdinnen, Israelis und Palästinenser*innen, in unseren Gruppen wohl und sicherer fühlen? Wir wollen weitere Bildungsprozesse in unserem Bündnis anstoßen, zum Beispiel zu Themen wie Antisemitismus, anti-muslimischem/-palästinensischem Rassismus, sowie einer kritischen Reflexion weiß-christlicher deutscher Gefühle zu Israel/Palästina. Wir nehmen uns vor, uns bei Protesten und Demonstrationen weiterhin und verstärkt einzubringen. Israel/Palästina wird kein Schwerpunktthema von Ende Gelände, aber ein Thema, zu dem wir in Zukunft arbeiten können.

Für ein Klima der Gerechtigkeit: Ein Ende den Genoziden! Waffenstillstand jetzt!
No climate justice on occupied land!

Glossar

Antisemitismus

Es gibt verschiedene Antisemitismusdefinitionen. Die älteste ist die IHRA-Arbeitsdefinition (International Holocaust Remembrance Association)[\[Q125\]](#), die in Deutschland als offizielle Definition wirksam ist. Aus der Kritik an der IHRA-Definition durch die Antisemitismusforschung entstand die JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism)[\[Q126\]](#). Ein weiterer Versuch, Antisemitismus zu definieren, wird durch das Nexus Document vorgenommen, ein Projekt der Biden Administration[\[Q127\]](#). Die vorliegende

Arbeit orientiert sich an der JDA und dem Nexus Dokument, da beide eine differenziertere Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen von Antisemitismus, Israelkritik und (Anti-/)Zionismus bieten als die IHRA-Definition, welche als alleinige Definition für Antisemitismus weder vorgesehen ist, noch dazu taugt [\[Q128\]](#) [\[Q129\]](#).

Antizionismus

Antizionismus ist eine ablehnende Haltung ggn. dem Zionismus (s.u.). Er hat verschiedene Ausprägungen, wie den liberalen und den religiösen Antizionismus, welcher von liberalen bzw. orthodoxen Juden*Jüdinnen, aber auch von Nicht-Juden*Jüdinnen vertreten wird. Für sie ist Jüdisch-Sein eine religiöse und keine politisch-nationalistische Frage. Der sozialistische Antizionismus steht für die kollektive Emanzipation von Juden*Jüdinnen in ihren jeweiligen Ländern und der internationalistische Antizionismus strebt ein Ende aller Unterdrückung weltweit an. Einige Formen des Antizionismus sind antisemitisch. Eine verkürzte Kapitalismuskritik kann unter Umständen ebenfalls auf antisemitischen Stereotypen aufbauen. Ein nationaler Antizionismus sieht die "jüdische Weltverschwörung" sowohl innerhalb als auch außerhalb der Nation als Bedrohung an.

Ethnonationalismus

Ethnonationalismus ist eine Strömung des Nationalismus, die durch das Verlangen von Angehörigen einer "ethnischen" Gruppe nach absoluter Souveränität über ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gekennzeichnet ist. Ethnonationalismus bezeichnet damit das Streben einer sich selbst als Nation auffassenden Ethnie nach **Staatlichkeit**. Ebenso wie Nationalismus den Ausschluss von "fremden" Nationalitäten auf verschiedenster Ebene einschließt, bringt Ethnonationalismus den Ausschluss fremder "Ethnien" von nationalen Privilegien mit sich.

Genozid/Völkermord

Der Begriff "Genozid" entstand 1943 im Kontext des Völkermords an den Armenier*innen und wurde 1948 von den Vereinten Nationen offiziell aufgenommen. Rückwirkend werden immer wieder Genozide geltend gemacht, die zu großen Teilen von den europäischen Kolonialmächten und in europäischen Siedlerkolonien begangen wurden. Ein Beispiel ist der Völkermord an den Herero und Nama in Namibia [\[Q130\]](#)[\[Q131\]](#) oder an den Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus. Der Begriff bezeichnet im heutigen Völkerstrafrecht einen Straftatbestand, der "die gezielte Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören" umfasst.

Genozidale Handlungen umfassen:

- a) das Töten eines Angehörigen der Gruppe
- b) das Zufügen von schweren körperlichen oder seelischen Schäden bei Angehörigen der Gruppe
- c) die absichtliche Unterwerfung unter Lebensbedingungen, die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen

- d) die Anordnung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung
- e) die zwangsweise Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe

Imperialismus

Imperialismus bezeichnet eine Form der Herrschaft einer Nation über andere Länder, welche in diesem Zuge ausgebeutet werden. Imperialismus bezeichnet auch ein Streben nach "Großmacht" von Staaten, um eine globale Deutungshoheit in Gewalt- und Wirtschaftsfragen zu erlangen. Die Herrschaft über andere Staaten wird dabei durch militärische, wirtschaftliche, politische und/oder kulturelle Methoden durchgesetzt. Staaten sagen unterschiedlich offen, dass sie dieses Großmachtstreben verfolgen und verstecken es teilweise hinter vorgeschobenen Ideen. Während im letzten Jahrhundert viele Staaten öffentlich nach größeren Imperien strebten, wird dies heutzutage eher hinter einer humanitären Sprache verschleiert.

Kolonialismus

Kolonialismus bezeichnet zum einen den Prozess der Inbesitznahme und Unterwerfung anderer Länder, Gebiete und Ressourcen, sowie der dort lebenden Bewohner*innen (durch Militär und Kolonialist*innen). Zum anderen bezieht sich Kolonialismus auch auf eine gleichnamige historische Periode, die Ende des 15. Jahrhunderts mit der europäischen Plünderung und Inbesitznahme der heutigen Amerikas begann. Der Kolonialismus hat nie geendet, sondern besteht weiterhin in veränderten Formen, zum Beispiel in Mustern politischer, militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller Kontrolle und der Ausbeutung von Ressourcen. Diese werden durch Entmenschlichung und Rassismus gerechtfertigt sowie durch die Idee, dass bestimmte "Zivilisationen" anderen überlegen seien.

Ökozid

Als Ökozid bezeichnet man die großflächige und langfristige Zerstörung von Umwelt, die die Existenz von Menschen, Lebensweisen oder Kulturen bedroht und daher völkermörderisch ist. Besonders indigene Gruppen, deren Lebensweise mit Land und Umwelt verbunden ist, sind von Ökoziden bedroht. Beispiele für Ökozid sind das aktuelle Artensterben und die Zerstörung von Natur durch die Verwendung des Pflanzengiftes "Agent Orange" im Vietnam Krieg.

Staatsräson

Die Staatsräson ist zunächst ein Prinzip, das den Erhalt und die Sicherheit eines funktionierenden Staates als bedeutsamen Wert definiert und daraus ableitet, dass der Einsatz jeglicher Mittel unabhängig von Moral und Gesetz zum Absichern dieses Werts gerechtfertigt sei. Dies bedeutet auch, dass Menschenrecht und Völkerrecht zugunsten einer Staatsräson ausgehebelt werden können. Im Zusammenhang mit Israel wird

mit der Aussage "Die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsräson" meist gemeint, dass aus der deutschen historischen Verantwortung für die Shoah resultiere, dass das Existenzrecht des Staates Israel sowie seine vermeintliche Sicherheit nicht verhandelbar sind.

Zionismus

Es gibt verschiedene Strömungen des Zionismus. Ursprünglich entstanden ist er im 19. Jahrhundert in Europa mit dem Ziel der Gründung eines jüdischen Nationalstaates. Da die jüdische Diasporabewegung aufgrund von antisemitischer Verfolgung und Pogromen als gescheitert angesehen wurde, wurde der Nationalstaat als sichere Heimatstätte für Juden*Jüdinnen gesehen. "Zion", der Tempelberg in Jerusalem, wurde zum Symbol für die Stadt und für Israel als jenes Gebiet, das innerhalb der zionistischen Bewegung als ursprüngliches Heimatland von Juden*Jüdinnen beansprucht wurde, auf dem ein jüdischer Staat errichtet werden sollte. Unterschiedliche Auslegungen des Zionismus umfassen die sozialistische und utopische Kibbuzim-Bewegung (Kibbuz=auf Gleichheit beruhende, kollektiv und solidarisch wirtschaftende Kommune), sowie kulturelle, bürgerlich-liberale, revisionistische und religiöse Formen des Zionismus, die jeweils teilweise in krassem Widerspruch zueinander stehen. Die Kritik am Zionismus richtet sich meist gegen den revisionistischen Zionismus, wie er auch von der israelischen Regierung vertreten wird.

Ending our Silence – State of the debate of on Israel/Palestine

[A glossary of terms can be found at the end of the text]

Summary

As Ende Gelände, we have discussed the situation in Israel/Palestine a lot over the last year and went through an educational process. As a result, we were unable to act as a group on the issue in our public relations work and practice and showed little solidarity with those resisting war, systematic murder, racism and antisemitism and with those affected by repression. We want to apologize for this. We are ending this silence with this comprehensive statement. In it, we take a stand against suffering and dehumanization, against warmongering and arms deliveries. We name the colonial dynamics, the climate injustices and the necessity of resistance against them. We stand in solidarity with the protests from below against war, genocide, racism and antisemitism. We consider analyses that Israel has established an apartheid regime and is committing genocide against Palestinian society to be plausible and the struggles against this to be worthy of support. We naturally do not cooperate with groups that pursue inhumane ideologies or practices. These include, among others, fundamentalist Zionist and Islamist groups. We stand against the racist discussion and politics in Germany, the logic of its so-called "state reason" and the enormous repression. We criticize the interpretation and lessons that the German government draws from National Socialism and demand a consistent dealing with anti-Semitism, racism, the wealth from the Nazi era and other fascist continuities. We see many great initiatives in the left. We are impressed by the worldwide protests in solidarity with Palestine and we want to show our solidarity with them. We advocate an open and serious examination of the different positions and at the same time demand that critical voices contribute constructively. We urgently want to keep spaces for discussion open. We think that a broad common practice of the climate justice movement and the Palestine solidarity movement is possible as in other countries and we want to contribute to it. This statement is meant to be a starting point for further educational processes and aims to create space for discussion and organisation. No climate justice on occupied land!

1. Why this statement?

a. Why only now? - An apology

For a year now, we have been having intensive discussions within Ende Gelände about Israel and Palestine, the charge of genocide in Gaza and the structures of oppression in the West Bank. The images and reports of immense human suffering do not allow for silence and looking away. The repression against Palestine solidarity protests, the rising anti-Semitism and racism and the almost unconditional support of Israel by the

German government run counter to the historical responsibility of people in post-war Germany. Many of us participate in protests in solidarity with the Palestinian population, in discussions or educational processes. Many of us are overwhelmed by the complexity of the conflict and the discussions around it. Some would like to see more discussion and political education, while others cannot and/or do not want to get involved specifically in these struggles alongside existing political projects. Many of us are observing with great concern how left-wing alliances or friendships are breaking down in the discussions about Israel/Palestine. So far, some local groups have publicly commented on the issue and EG was part of the Palestine solidarity camp of Geef Tegengas in Rotterdam against the fossil gas and arms deals in the region.

In the past, there have been several attempts to address the issue, but there have also been major differences of opinion about whether it is possible, useful or even necessary to take a position. The people who initiated these discussions have reported about blockades within the alliance. The failure of these processes has also meant that last fall we were far from a common analysis or practice. In order to counter the divisive force of the issue within the left, to seek bridges and to face up to our responsibility as an alliance with an intersectional and anti-colonial self-understanding[Q1][Q2], we decided to go through a longer process with online discussions in eight themed evenings and moderated by a small working group. We dealt with the history of Palestine and Israel, with anti-Semitism, Zionism and anti-Zionism, across supposed lines of fracture, and opened spaces to engage in dialogue with Palestinian, Jewish and Israeli leftists. Most of the conversations were very enriching, but some were also difficult, exhausting or hurtful. As an alliance, we were therefore unable to act in our public relations work for a very long time, showing too little and too late solidarity with those affected by repression, racism and anti-Semitism. We ourselves have not publicly spoken out against murder, suffering, war and discrimination. We are part of a mostly white, German, non-Jewish, non-Muslim, non-Palestinian, and non-Israeli left that has shied away from public and internal discussions on the topic for far too long, while people affected by racism and antisemitism take to the streets and experience repression. We as Ende Gelände also needed time for the process, which was necessary and important to enable us to engage in a differentiated debate. We understand that this silence and inaction was both unconscionable and hurtful. We are sorry that it took us so long as a coalition to speak out for these various reasons. We would like to express our sincere apologies - also to the people who left Ende Gelände as a result of our silence. We end our silence and inaction with this statement.

b. Positions within EG

For some of us, it is very important that the interrelations between capitalism, imperialism and neocolonialism in the context of Israel/Palestine are always taken into account when analyzing the situation. Others think that not every group needs a fully developed analysis of Israel/Palestine, since this claim can, under certain circumstances, make groups unable to act and thus prevent solidary action or important work that needs to be done on this or other issues. Still others would like to see a (pragmatic) middle way in which an anti-capitalist and decolonial attitude can be assumed without always having to agree on all the analytical and substantive details.

However, we agree that we cannot rely on the German government to stop (its) war-mongering and oppression. Worldwide pressure is needed. Therefore, we also see it as our task and responsibility to work side by side with all progressive forces towards an immediate ceasefire, the release of the remaining hostages, equal rights and self-determination for all local people, and an end to regional escalation. We stand in solidarity with struggles to end Israeli occupation policies in Gaza and the West Bank and the deadly (settler-)colonial and racist dynamics in Israel.

After almost a year of intensive discussions and processes in the small group and in the alliance, we do not agree on all issues. Certain disagreements remain and we will have to endure them, take on other perspectives and learn to understand them, and discuss them again and again. And yet we feel strengthened in our basic positions: we continue to stand firmly for climate justice, against anti-Semitism, racism and ethno-nationalism, against colonial continuities and capitalism. Even if we do not always live up to these standards in practice, we find it important to set them as a compass for our political work.

c. Why speak out? – Our approach

We are an alliance that primarily fights fossil capitalism – and this has been intimately intertwined with colonialism and patriarchy from the very beginning. Within Ende Gelände there are varied analyses of the role of capitalism in global conflicts. It is clear to us that many factors are connected and involved - capitalism is one of them. Capitalist nation states enrich themselves at the expense of people and nature. There is a power imbalance from the Global South to the Global North. Transnational fossil corporations use and intensify existing systems of discrimination and exploitation such as racism and patriarchy to secure their profits and to gain access to cheap labor and non-human resources. To this end, wars are also financed. This fossil, colonial/imperialist and patriarchal capitalism and its geopolitical interests play a central role in many conflicts worldwide, including in Israel/Palestine. In particular, European fossil fuel companies are enriching themselves locally at the expense of people and the environment, thus contributing to an intensification of the conflict – whether, for example, by buying licenses to extract gas off the coast of Gaza or to mine raw materials for the production of cement in the occupied West Bank. [\[Q3\]](#)[\[Q4\]](#)[\[Q5\]](#)[\[Q6\]](#) We cannot close our eyes to this.

In addition, as an active group in Germany, we see it as our responsibility to stand up against genocide, anti-Semitism and racism. Since October 7th 2023, we have observed with great concern an increase in restrictions on fundamental rights, such as freedom of assembly, freedom of science and personal rights. People affected by racism and anti-Semitism have suffered and continue to suffer from these restrictions. We see this as a direct consequence of the logic of “German state reason”/public policy, which places the supposed “protection” and interests of a state above the protection of universal human rights. We consider this state reason to be a problematic conclusion from Germany’s history of fascism and genocide and want to advocate for a sincere reckoning with the past.

2. Suffering and Dehumanization

a. October 7th, Before and After

First of all, we want to acknowledge the enormous pain, suffering and injustices that countless people experience. We grieve together for the murdered, injured, imprisoned and oppressed, as well as with those who are worried about their relatives and/or have to relive fears (again). We recognize the historical and current traumas of the Jewish and Muslim communities, of Israeli and Palestinian societies alike. We empathize with all those affected. Our sympathy goes out to the people of Israel and Palestine who have experienced violence and fear, who have been abducted, displaced or injured, who have suffered and continue to suffer from hunger, thirst or the destruction of their homes. Our sympathy also goes out to the relatives who have mourned the dead and missing, and to the children who have been left behind without their families.

On October 7th 2023, the important Jewish holiday of Simchat Torah, Hamas killed approximately 1,200 people in its terrorist attack[Q7]. There were thousands of injuries, disturbing sexual violence, a massacre at a music festival and other extremely traumatizing events. 251 people from a wide range of backgrounds were taken hostage in Gaza, many of whom were killed. As of November 2024, around 100 of the hostages are still in the hands of Hamas, and the deaths of 35 have been confirmed[Q8]. Entire Israeli villages along the border with the Gaza Strip have been destroyed. Others were evacuated for fear of further escalation and remain deserted to this day. The trauma in Israeli society runs deep. Because the bloodbath of Hamas hit a society with a long history of anti-Semitic persecution, pogroms and genocide, a society that is constantly at war. The founding of the state of Israel stems from a history of anti-Semitic persecution, especially in Europe, which reached its cruel climax in the Shoah – but did not stop after that. Anti-Semitism was also widespread in the United States, Great Britain, the Soviet Union and Arab states[Q9][Q10]. After the founding of the state of Israel, the Nakba and the declaration of war by Arab states, approximately 900,000 Jews left Arab countries through flight, emigration or were expelled until the early 1970s. Many of them went to Israel in the hope of leading a safe life there[Q11][Q12]. The massacres by Hamas have shaken the faith of many that the State of Israel could, in a post-Shoah world, at least provide a safe space for Jewish people[Q13]. Nothing justifies these massacres. We have been shocked and strongly opposed to the dehumanization and antisemitism expressed in this attack, as well as the lack of compassion for its victims.

The Israeli government responded to Hamas' attack with an area bombing that was deeply reckless and destructive to the civilian population, a blockade of Gaza and a devastating ground offensive that followed[Q14]. Today, Gaza is a wasteland.

Between October 2023 and April 2024, more than 70,000 tons of bombs and explosives have been dropped or fired on Gaza, mostly over densely populated areas - today, this number will be much higher [Q15]. As early as April 2024, between 60 and 70% of all buildings had been destroyed, as had 80% of schools[Q16]. Estimates of the number of deaths range from 41,000[Q17] to 186,000[Q18]. Almost every day, tent accommodations for people on the run and schools where refugees seek shelter are bombed or attacked.[Q19] Even places designated as “safe zones” are deliberately attacked[Q20]. Over 67% of all arable land in the Gaza Strip was largely and deliberately destroyed, along with over 52% of all agricultural wells and around 45% of all

agricultural greenhouses[Q21][Q22]. The WHO has recorded over 1000 attacks on clinics and health care facilities[Q23][Q24]. Hardly any of the 36 clinics are still fully operational[Q25][Q26]. The water supply is also being attacked, over 700 wells and desalination plants have been destroyed, as have the existing 6 sewage treatment plants[Q27]. In July, 10% of Gaza's population was already dead, injured or missing. Electricity, medicine and pharmaceuticals, food, drinking water and fuel are completely or almost completely denied and epidemics are spreading[Q28][Q29]. Almost the entire population of Gaza is acutely affected by famine, whilst more than 3500 children are under an acute threat of death by starvation[Q30][Q31][Q32]. 30 mass graves with approximately 3,000 dead have already been documented. As of November, at least 137 journalists and media workers had been murdered, many of them targeted[Q33][Q34]. Due to limited reporting, the extent of the suffering and destruction can only be guessed at. Israel's offensive is already being extended to the West Bank, which is being systematically settled/populated by the Israeli government on a massive scale[Q35][Q36][Q37][Q38]. In addition, several places have been created in Israel where around 9,500 Palestinians are arbitrarily detained without charge (as so-called administrative detainees), with no prospect of human rights being upheld, and subjected to arbitrary detention conditions, humiliation, dehumanization, sexualized violence and torture[Q39][Q40].

To justify this, ministers of the Israeli government's far-right coalition used inhuman language and genocidal statements[Q41]. They announced an intentional humanitarian catastrophe and the obliteration of Gaza. War and human rights crimes are demonstrably being used deliberately against the Palestinian population [Q42][Q43][Q44][Q45].

For years, both Hamas and the IDF have been accused of abusing civilians as human shields, an act that is illegal under the Geneva Refugee Convention[Q46][Q47]. It is documented that the IDF uses (captured) Palestinians as shields in military operations, for example to search tunnels or homes[Q48][Q49]. At the same time, the Israeli military is accused of misusing the excuse of Hamas or other armed Palestinian groups using human shields as a strategy to legitimise their own attacks on civilian targets[Q50]. Hamas, on the other hand, builds military structures in civilian areas such as schools, hospitals or residential buildings to fire rockets at Israel or exerts pressure on civilians not to comply with Israeli evacuation orders, thus deliberately endangering the Palestinian civilian population. Given the dense population of the Gaza Strip and the closure of the borders by Israel, human rights organisations and legal experts questioned whether this action could be qualified as the use of human shields under international law[Q51][Q52(p.219)]. Regardless of whether Hamas uses human shields in a deliberated manner/by purpose or not, it is clear to us that both Hamas and the Israeli government benefit from war and escalation to maintain their own power and civilian casualties are an integral part of their respective political and military actions.

Even before October 7, 2023, human rights organizations warned of an uninhabitable Gaza Strip and a humanitarian catastrophe there[Q53][Q54]. The Israeli military tightly controlled Gaza's borders. Palestinians in the West Bank and Jerusalem also lived and continue to live under structural discrimination. Human rights organizations and United Nations experts use the term apartheid to describe the legally enshrined unequal treatment of Jewish and non-Jewish Israelis and Palestinians[Q55][Q56][Q57]. According to a report by the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian

territories, as of mid-March, three acts had already been committed by Israel, any one of which is enough to constitute genocide by definition[Q58].

The trauma of Palestinian society runs deep. The current events must be placed in the context of a history of continuous land grabs and displacement, structural and racial discrimination, arbitrary arrests and killings which started before the Shoah[Q59]. Many people see the current events as part of an ongoing Nakba (=catastrophe)[Q60][Q61], as comments by Israeli politicians also suggest[Q62]. Nothing legitimizes these war crimes, this killing, this oppression.

The dehumanization and (anti-Muslim/anti-Palestinian) racisms that are expressed in the actions of the Israeli state and in the lack of compassion in Israeli mainstream society, and especially in Western societies[Q63][Q64], shock us - we also firmly oppose this.

b. An end to genocide / The term "genocide"

We have been grappling intensively with the question of whether we want to use the terms "genocide" or "ethnic cleansing" for what Palestinians are currently experiencing. The accusation is often that the terms are used as battle cries, that they polarize and are anti-Semitic. The accusation is that anti-Semites fundamentally understand Israel, as a Jewish state, as ultimately evil and omnipotent, and abuse the genocide accusation to attach the greatest possible crime to the state and thus "demonize" it. In particular, since Israel also offered refuge from the Shoah, it is sometimes suspected that the genocide accusation serves to delegitimize Israel, i.e. also to potentially question the identity and justification of the state. We believe that the genocide accusation is not an attempt at demonization. We understand that the analysis that a genocide is currently taking place in Gaza is correct. That is why we consider it so important to comment on it. Since October 2023, the suspicion of genocide has been in the air and over the last year, the assessments that the Israeli government is committing genocide in Palestine have been growing, including from the UN, human rights organizations and numerous experts[Q65][Q66][Q67]. The International Court of Justice also considers the genocide accusation to be so plausible that it has initiated an investigation[Q68]. The final legal assessment will take years. As a left-wing alliance, we do not have to and must not wait for this assessment. Some of the statements by Israeli politicians have clearly called for and justified genocide; in our view, these clearly demonstrate a genocidal intention[Q69][Q70]. It is not only known that the Israeli government is committing war crimes, that it is using starvation as a strategic weapon[Q71], and that in Gaza and the West Bank, settlers are to be settled and the Palestinian population is to be expelled or killed[Q72][Q73]. Furthermore, some organizations document the systematic and widespread destruction of the environment and agricultural livelihoods, also known as ecocide[Q74][Q75]. It therefore seems plausible to us to assume that there is a "specific intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group as such". We therefore agree with the Jewish-Israeli Holocaust and genocide researcher Omer Bartov when he reports: "I had become convinced that at least since the attack by the IDF on Rafah on May 6, 2024, it was no longer possible to deny that Israel was engaged in systematic war crimes, crimes against humanity and genocidal actions"[Q76]. We think it is justified to boycott and blockade institutions and corporations that promote or profit from the genocide.

Although we agree in our analysis that Israel is currently committing genocide against Palestinians, some people within Ende Gelände have expressed strategic concerns about using this term, as it is also used by groups whose motivations we do not share and with whom we explicitly do not want to associate ourselves. In the end, a large majority of us decided to use the term carefully but consciously. We are not afraid to name what we believe to be the truth. On the contrary, we believe it is an important task for white-German groups to use the word genocide, especially while witnessing the current debate in Germany, in which the voices of those affected are given far too little space.

c. A plea for humanity and dignity

Human dignity is universal and indivisible. There must be no differences in the value of human life, because dehumanization is a core right-wing policy. Worldwide, but also especially in Germany, we have observed an increase in racism, Islamophobia and anti-semitism since last fall. People report increasing experiences of discrimination. There have been attacks on synagogues and mosques and massive racist repression at protests in solidarity with Palestine. As an alliance, we are committed to the dismantling of anti-semitism, racism, Islamophobia and other forms of oppression and stand in solidarity with those affected.

At the same time, we oppose the cold, dehumanizing logic of war, which functions according to colonial and imperialist ideologies. These ways of thinking have been shaped mainly by racist and patriarchal capitalism. Imperial states and their ruling classes calculate and use human lives, see nature only as a resource or commodity, and thus repeatedly create a world in which profit for a few takes precedence over a good life for all.

A permanent ceasefire is the first step towards ending the killing. The murder and deliberate starvation of the Palestinian civilian population, the threats against and shelling of the Israeli civilian population, all war crimes, the occupation, the siege and the expulsion must stop. Hostages and so-called civilian prisoners must be released by both sides and be able to return home immediately. In the long run, not only a long-term, sustainable ceasefire is needed, but a just peace. Arms exports must be stopped immediately. Germany, as Israel's second largest arms supplier, is partly responsible for all the dying, not only in Gaza, but also in the West Bank and Lebanon. German arms exports in 2023 were ten times higher than in the previous year, due to the sharp increase after October 7. To this day, Germany continues to supply arms to Israel almost unconditionally [\[Q77\]](#)[\[Q78\]](#).

d. Colonialism and Power Inequalities

This commitment to humanity and against dehumanization is fundamental. At the same time, we are aware of the clear power inequalities and hierarchies in the so-called "Israeli-Palestinian conflict". Many social scientists speak of colonial or settler-colonial dynamics. We see these dynamics in the fact that the Israeli state, with the broad support of Western states, has been taking land in Palestine for decades, and that Palestinians are often arbitrarily murdered, imprisoned or expelled by settlers. We see

colonialism in the racist devaluation of Palestinians, their systematic separation from Jewish-Israeli society [\[Q79\]\[Q80\(p.14/15\)\]](#) and in the stories the state of Israel tells about itself, as for example in Netanyahu's recent description of the war as a “struggle between barbarism and civilization” [\[Q81\]\[Q82\]](#). Also very common orientalist narratives, such as that Israel has made the desert bloom, are examples of colonial ideas with a green veneer [\[Q83\]\[Q84\]](#). Furthermore, the Israeli government is currently justifying its actions with the idea of a “war on terror”. In this context, the concept of terror is also used in German discussions in a very one-sided and racist way, and the Israeli state's terror tactics are often not referred to as such.

The blatant power asymmetries, not least of a military nature, have also translated into many infrastructural injustices for decades – whether in the unequal distribution of energy, water, waste disposal or access to agriculturally usable land. While the Israeli state creates these environmental injustices, it presents itself as a green pioneer. One example of the greenwashing of colonial land grabs are the activities of the “Jewish National Fund”. This so-called environmental organization uses donations, which come mainly from the Global North, to plant hundreds of thousands of trees over destroyed Palestinian settlements. This makes past injustices more invisible and makes a return more difficult. As an anti-colonial alliance, we oppose all of this.

Palestinian resistance against such oppression is justified, also according to international law, and we stand in solidarity with them. However, the world view, ideas and methods of Hamas, but also of other reactionary forces such as the Palestinian Islamic Jihad, are completely opposed to our values and ideas. Hamas is an autocratic, fundamentalist, patriarchal and violently ruling organization that cannot be a partner in an emancipatory struggle for us. However, we are aware that Hamas is a ruling party that includes not only military wings such as the Al-Qassam Brigades but also bureaucratic structures and those that provide social assistance. We also see that Hamas benefits from the increasing desperation and lack of alternatives of Palestinians who have been living and suffering under occupation for decades with no prospects. Hamas suppresses criticism with brutal authoritarianism, including imprisonment, torture and death, and yet there are voices articulating criticism [\[Q85\]\[Q86\]](#). To prevent a unified Palestinian negotiating partner, the Israeli government has allowed payments from Qatar to Hamas since 2018, along with its billions in assets [\[Q87\]\[Q88\]\[Q89\]](#). Hamas is also supported by states such as Iran and Qatar, two deeply patriarchal absolute monarchies that trample on human rights [\[Q90\]\[Q91\]](#).

Our solidarity is with the resistance from below, the left-wing, emancipatory forces in Palestine, Israel and worldwide. Israeli and Palestinian people both have a right to self-determination, peace and security. We do not presume to be able to make judgements about how peaceful coexistence should be structured. In whatever political constellation, one thing is clear/essential: From the river to the sea, justice, peace, equality.

3. For international solidarity and against authoritarianism

a. Dialogue, repression and a lack of critical examination

We look with great concern and anger at the policies of the German government and the mainstream debate in Germany. Unconditional support for a state whose in large

parts fascist government [\[Q92\]\[Q93\]\[Q94\]\[Q94.2\]](#) openly calls for genocide [\[Q95\]\[Q96\]](#) does not create security - quite the opposite. The reductionist narratives of German politics and media debates are equally the basis for anti-Muslim racism and for an anti-semitism that makes unconditional pro-Israelism the core of the fight against hostility towards Jews. They create speechlessness and a climate of fear. It is cynical how German anti-semitism is concealed in this way. And it is cynical how in Germany a distinction is once again being made between good and bad Jews, with Jewish people who are critical of Israel or anti-Zionist being silenced and labeled anti-semites [\[Q97\]\[Q98\]\[Q99\]\[Q100\]](#). Neither criticism of Israeli policy nor concern for the people in the war and crisis zone in Gaza should be equated with antisemitism [\[Q101\]](#). The attempts by German conservatives and right-wingers to delegitimize any criticism of Israel as antisemitic is itself antisemitic due to an equation of the Israeli government with Jews. It is often put forward by parties with antisemitic parliamentarians and traditions such as the CSU, CDU and AfD. The highly criticized Bundestag resolution “for the protection of Jewish life” from October 2024 is an example of a restrictive and authoritarian discourse climate that equates any form of criticism of Israel with anti-semitism [\[Q102\]\[Q103\]](#). The IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) definition is being used by the Bundestag and other institutions to suppress dissenting opinions, including those of Jewish people. This is even stated by authors of the IHRA definition themselves [\[Q104\]](#). Therefore, we reject the IHRA definition as inadequate and the Bundestag resolution as an attack on freedom of expression.

We strongly criticize the widespread exclusion of artists and scientists, often Jewish or Palestinian, in this context [\[Q105\]](#). The same applies to the banning of solidarity demonstrations for Palestinians, repression such as racist police violence, arbitrary detentions, controls in migrant neighborhoods and meeting places, the closure of political shops, cafés and cultural venues, as well as the completely disproportionate repression of protests at universities [\[Q106\]](#). While Hubert Aiwanger, as Bavarian minister, repeatedly proves how socially acceptable anti-semitism is in Germany, the federal government wants to deport more people to counter the supposedly “imported anti-semitism”. Politicians “worry” about anti-semitism in left-wing, anti-colonial and often non-white circles. This portrayal is massively distorted and we strongly criticize it. Anti-semitism does exist in left-wing and non-white circles and must be combated. Nevertheless, studies locate anti-semitic attitudes and actions primarily on the far-right fringes and in the bourgeois center of German society [\[Q107\]\[Q108\]](#). Under the guise of a supposed fight against anti-semitism, an authoritarian practice of rule is emerging here that undermines and abolishes central human rights such as freedom of expression, freedom of assembly, freedom of art, and freedom of science. We are also firmly opposed to this.

In the debates about Zionism and anti-Zionism, these two ideologies are diametrically opposed as polemic terms, whereby many different things are meant by the terms. This prevents a discourse based on solidarity. Zionism has many forms (see glossary) [\[Q109\]\[Q110\]](#). Left-wing forms of Zionism are currently extremely marginalized [\[Q111\]\[Q112\]](#). In particular, we see bourgeois Zionism as part of a new right that legitimizes and promotes nationalism and militarism [\[Q113\]](#). For a dialogue, it can be important not to demand that people distance themselves from Zionism first, but to discuss what values and realities of people are [\[Q114\]](#). We therefore consider it problematic to reject all forms of Zionism per se. We also reject uncritically endorsing all forms. One can be both anti-semitic and Zionist, for example by seeing the state of Israel as the solution to an alleged “Jewish question”. Accordingly, anti-Zionism also

has many forms and a long history and can be antisemitic under certain circumstances. For many left-wing anti-Zionists, the criticism of (ethno-)nationalism, the dominance of revisionist Zionism and right-wing extremist developments of the government, as well as the oppression of Palestinian society, are at the forefront [Q115][Q116]. It is justified to reject revisionist Zionism and the inhuman national ideology behind it. We therefore consider it problematic to reject all forms of anti-Zionism. We also reject uncritically endorsing all forms. It depends on the content, not the terms.

What is crucial is that the current debates conceal the deep-seated anti-semitism in Germany and the lack of critical examination of National Socialism [Q117][Q118]. Many wealthy German families – such as Quandt, Diehl, Piëch, Porsche and Klatten – have become rich through "Aryanization" and war profits, and compensation payments to those who suffered as a result of their profit from the Holocaust are still pending [Q119][Q120][Q121][Q122]. We observe that over-identification with Israel and unconditional support for its government by Germany is taking place as a form of reparation. We consider this to be reductive. We demand a consistent reappraisal of continuities between National Socialism, colonialism and imperialism in Germany.

We agree that many of the conflicts and the suffering in West Asia originate, among other things, from European imperialism, racism and anti-semitism, nationalism and colonial ideologies. We acknowledge this responsibility for the suffering of Jews, Palestinians and many more.

We acknowledge our own positioning as mostly Germans. Most of us are descendants of Nazis, followers, perpetrators or murderers. We live in a country whose wealth still comes from forced labor, slave labor, wars of extermination and imperial economic control. We live in a country where, 79 years after the end of the war, right-wing populist and radical groups are once again gaining massive popularity. This alone is testament to the failure of the supposed process of coming to terms with the past. For us, all this means: Never again! Never again state-sponsored mass murder, never again fascism, never again a war of extermination or a war of aggression. Our "Never Again" applies to anarchists, so-called "asocials", Armenians, disabled people, bi- and multiracial people, Herero, homosexuals, Jews, communists, Naama, for Palestinians, Pol*innen, Queers and FLINTA*, Rom*nja, Russ*innen, Serb*innen, for Sinti*zze, Ukrainian*innen - our solidarity goes out to all those affected. Never again fascism, wars of aggression and genocide! We see Germany as having a responsibility to deal with fascist structures and legacies much more consistently.

b. On the (left-wing) discourse in Germany

We see many important and successful left-wing initiatives, workshops and actions worldwide as well as in Germany. The Palestine movement in Germany, which is mainly supported by migrants and Jewish people, is impressive and important. Nevertheless, we experience that approaches to the Israel/Palestine debate, even within left-wing discursive and political spaces, are sometimes very different. Not rarely two polarized sides are being imagined, making differentiated and undecided positions impossible. There is unfounded agitation against the other side, labeling people, belittling them, or even excluding them – up to and including violent threats and physical attacks. Burdened as well by the stifling power of discourse of a one-sidedly conducted

bourgeois debate in Germany, an emotionally charged dispute over the interpretive sovereignty of history and language is not least at the forefront, superimposing itself over the actual events on the ground, obscuring them and in some cases distracting from them.

However, we cannot solve the problems if we on the left do not at least talk to each other. Closing spaces for exchange will definitely not help us and will massively weaken us as a movement.

Although some people from our structures have participated and contributed in one form or another in protests in solidarity with Palestine, we often hear voices in our discussions and conversations that express doubts in principle about joining the protests or feeling uncomfortable there, for example because there is no clear distancing from Hamas or the crimes of October 7. We see also that justified criticism of the Palestinian movement, such as the sometimes occurring solidarity with Hamas or the influence of authoritarian groups, has often been misused in the past to defame any solidarity with Palestine. However, the consequence of criticizing parts of the Palestinian movement must not be to no longer show solidarity with Palestine. Anyone who talks about criticism of the protests must also talk about the enormous violence and brutality with which the German state is cracking down on pro-Palestinian protests. According to Amnesty, besides climate activists in Germany, activists and demonstrators in solidarity with Palestine are currently being massively defamed and framed as “criminals” or “terrorists” in order to further justify restricting the right to freedom of expression and assembly, while at the same time legitimizing racist migration policies, far-reaching austerity measures in the social sector and debates on rearmament[Q123]. And although the repression against the Palestine solidarity movement is so enormous, demonstrations against mass murder, against letting people die and against the ignorance of the international community and German majority society are organized every day - mostly carried by migrants, women and queers - and numerous left-wing educational events and discussion initiatives are set up. While constructive criticism of the protests must of course be possible, we are currently seeing that the perspectives and positions of those directly and indirectly affected are hardly being given a hearing. These perspectives are also being neglected due to the massive repression as well as the one-sided German discourse. We continue to need solidary criticism within our movements, including on the part of Palestinian protesters, but we must also actively engage ourselves in the first place, especially as mostly white German leftist groups, and stand shoulder to shoulder against all state repression. Those who take the side of state repression are not, in our view, left allies[Q124]. Let us get involved and actively shape solidarity locally and internationally, instead of remaining silent for fear of doing something wrong.

Of course, in this context we recognise and share the need for justified criticism of any form of anti-Semitism. Room for anti-Semitism cannot be allowed to stand.

Conclusion: Solidarity must become practice - a plea for getting involved!

We as Ende Gelände want to stand up to dehumanization and the devaluation of people - no matter who it affects, no matter who initiates it and no matter in what form it appears. We want a good life for all.

We see our political practice side by side with left-wing, emancipatory groups in Germany, Palestine, Israel, and worldwide that follow a similar political compass. For us, this clearly includes opposing dehumanization and standing up for human rights, as well as opposing double standards and simplistic, undercomplex analyzes in political discourse. It is clear that we must end the silence and the inability to act together. With this statement, we hope to have developed a framework for action for us as an alliance, on the basis of which our alliance structures can become active on the issue and we can find clear words in our public relations work. For us, this also includes continuing to keep spaces open for conversation and discussion in the future, to listen, to admit ignorance, and to recognize and endure complexity and different perspectives.

We know that movements are never perfect. But it is unquestionably wrong to remain silent about war crimes, massacres and discrimination, and not to get involved in organizing emancipatory alliances against war and genocide, in solidarity with the people of Palestine and Israel. We also do not forget the other deadly conflicts in the world, the military conflicts in Congo and Sudan - the currently largest and yet barely noticed humanitarian crisis in the world - the ongoing attacks by Turkey on Kurdish areas in violation of international law, Russia's aggressive war against Ukraine, and genocides, such as those against the Armenians, the Rohingya in Myanmar/Burma, the Yazidis in Iraq, the Kurds in Syria and Turkey, the Uyghurs in China, the indigenous groups in the Amazon, to name just a few.

This statement is intended to change our practice. We see it as a starting point and basis for further work and processes. How can we build on this to show solidarity with those affected by anti-Semitism and racism? How can Jews, Israelis and Palestinians feel more comfortable and safer in our groups? We want to initiate further educational processes in our alliance, for example on topics such as anti-Semitism, anti-Muslim/Palestinian racism and a critical reflection of white-Christian German feelings about Israel/Palestine. We want to continue and intensify our involvement in protests and demonstrations. Israel/Palestine will not be the main focus of Ende Gelaende, but it is a subject for us to work on and get involved in the future.

For a climate of justice: An end to genocides! Ceasefire now! No climate justice on occupied land!

Glossary

Anti-Semitism

There are various definitions of anti-Semitism. The oldest is the IHRA (International Holocaust Remembrance Association) working definition[\[Q125\]](#), which is the officially operative definition in Germany. The JDA (Jerusalem Declaration on Anti-Semitism)[\[Q126\]](#) was developed in response to the criticism of the IHRA definition by anti-Semitism researchers. Another attempt to define anti-Semitism is made by the Nexus Document, a project of the Biden administration[\[Q127\]](#). The present work is based on the JDA and the Nexus Document, since both offer a more differentiated examination of the connections between anti-Semitism, criticism of Israel and (anti-/)Zionism than the IHRA definition, which is neither intended nor suitable as the sole definition of anti-Semitism[\[Q128\]](#)[\[Q129\]](#).

Anti-Zionism

Anti-Zionism is a rejection of Zionism (see below). It has various forms, such as liberal and religious anti-Zionism, which is represented by liberal and orthodox Jews, but also by non-Jews. For them, being Jewish is a religious and not a political-nationalist issue. Socialist anti-Zionism stands for the collective emancipation of Jews in their respective countries and internationalist anti-Zionism strives for an end to all oppression worldwide. Some forms of anti-Zionism are anti-Semitic. A shortened criticism of capitalism may also be potentially based on anti-Semitic stereotypes. A national anti-Zionism sees the 'Jewish world conspiracy' as a threat both inside and outside the nation.

Colonialism

Colonialism refers, on the one hand, to the process of appropriation and subjugation of other countries and territories and their resources, as well as the inhabitants living there (by military and colonialists). On the other hand, colonialism also refers to a historical period of the same name that began at the end of the 15th century with the European plundering and appropriation of what is now America. Colonialism has never ended, but continues to exist in different forms, for example in patterns of political, military, economic and financial control and the exploitation of resources. These are justified by dehumanisation and racism and by the idea that certain 'civilisations' are superior to others.

Ecocide

Ecocide is the large-scale and long-term destruction of the environment that threatens the existence of people, ways of life or cultures and is therefore genocidal. Indigenous groups in particular, whose way of life is linked to land and the environment, are threatened by ecocide. Examples of ecocide are the current extinction of species and the destruction of nature through the use of the plant poison 'Agent Orange' in the Vietnam War.

Ethnonationalism

Ethnonationalism is a current of nationalism characterized by the desire of members of an "ethnic" group for absolute sovereignty over their political, social and economic affairs. Ethnonationalism thus refers to the striving for statehood of an ethnic group that sees itself as a nation. Just as nationalism includes the exclusion of "foreign" nationalities at various levels, ethnonationalism entails the exclusion of foreign "ethnic groups" from national privileges.

Genocide

The term “genocide” was coined in 1943 in the context of the Armenian genocide and was officially adopted by the United Nations in 1948. Genocides are repeatedly asserted with retroactive effect, the majority of which were committed by European colonial powers and in European colonial settlements. Examples include the genocide of the Herero and Nama in Namibia or of the Sinti*ze and Rom*nja under the Nazi regime [\[Q130\]](#)[\[Q131\]](#).

In today's international criminal law, it refers to a criminal offense that includes “the deliberate intention to destroy, in whole or in part, a national, ethnic, racial or religious group as such”.

Genocidal acts include:

- a) the killing of a member of the group
- b) the infliction of serious bodily or mental harm on members of the group
- c) the deliberate subjection to conditions of life calculated to bring about the physical destruction in whole or in part of the group
- d) the imposition of measures intended to prevent births
- e) the forcible transfer of children of the group to another group

Imperialism

Imperialism refers to a form of domination of one nation over other countries, which are exploited in the process. Imperialism also refers to the pursuit of “great power” by states in order to achieve global interpretive sovereignty in matters of violence and economics. Domination over other states is enforced by military, economic, political and/or cultural methods. States vary in openly admitting that they are pursuing this great power ambition and sometimes hide it behind pretence. While in the last century many states publicly strived for larger empires, today this is more likely to be disguised behind a humanitarian language.

"State Reason"

The reason of state denotes a principle that defines the preservation and security of a functioning state as a significant value and derives from this that the use of any means, regardless of morality and law, to secure this value is justified. This also means that human rights and international law can be suspended in favor of reasons of state. In the context of Israel, the statement “Israel's security is part of Germany's reasons of state” usually means that Germany's historical responsibility for the Shoah means that the right of the State of Israel to exist and its supposed security are non-negotiable.

Zionism

There are different currents of Zionism. It is a political movement that emerged in Europe in the 19th century and seeks to establish a Jewish nation state. As the Jewish diaspora movement was seen as a failure due to anti-Semitic persecution and pogroms, the nation state was seen as a safe home for Jews. “Zion”, the Temple Mount in

Jerusalem, became the symbol for the city and for Israel as the area claimed within the Zionist movement as the original homeland of Jews, where a Jewish state was to be established. Various currents of Zionism include the socialist and utopian kibbutzim movement, as well as cultural, bourgeois-liberal, revisionist and religious forms of Zionism, some of which are in stark contradiction to each other. Criticism of Zionism is mostly directed against revisionist Zionism, as represented by the Israeli government.